

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999  
Mail: [gar@gar-bw.de](mailto:gar@gar-bw.de)  
Internet: [www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)



## Januar-Rundbrief 2011

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem ersten GAR-Rundbrief in 2011 findet Ihr Informationen zu nachfolgenden Themen

1. Kommunale Finanzen: die Gewerbesteuerdebatte
2. Neuer Service auf der Homepage des Landesjugendamtes: Kitas im Überblick
3. Neue Nachhaltigkeitsbroschüre für die Politik vor Ort
4. Zensus und die NPD
5. Kauf der EnBW-Aktien durch das Land, politische Bewertung durch die grüne Landtagsfraktion
6. Für eine echte Verkehrswende
7. Neue AKP erschienen
8. **Seminare zur Doppik** von der Verwaltungsschule des Gemeindetages
9. Seminar zur kommunalen Daseinsvorsorge in Bad Boll

### 1. Kommunale Finanzen - Gewerbesteuerdebatte

Kommunen brauchen für ihre vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge eine angemessene Finanzausstattung. In dieser allgemeinen Form ist diese Forderung sicher unstrittig. Kontrovers wird es dann bei der Frage, welche Einnahmequellen der Kommune zugesichert werden sollen. Aus dem grünen Vorschlag, die bestehende Gewerbesteuer zu erhalten und zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiter zu entwickeln, wird uns in den Debatten fälschlicherweise ein Strick gedreht: Das seien zusätzliche Steuern für die freien Berufe, die Grünen also auf dem besten Weg, innovativen kleinen Firmen (und nicht nur gut gehenden Anwaltskanzleien) neue Lasten aufzubürden. Das ist eine gezielte Falschmeldung, denn die kommunale Wirtschaftssteuer kann von den Personengesellschaften von der Einkommensteuer abgezogen werden. Nicht mehr Steuern bedeutet unser Vorschlag, sondern er bedeutet, die Steuern den Kommunen mehr davon zu Gute kommen zu lassen. Wer dazu einige Hintergrundinformationen lesen möchte, findet sie im offenen Bereich auf der GAR Internetseite unter Aktuell <http://www.gar-bw.de/aktuell.html>.

### 2. Neuer Service auf der Homepage des Landesjugendamtes

Der familienfreundliche Landkreis, die familienfreundliche Gemeinde, dieses Prädikat wird immer begehrt. Für uns Grüne und Alternative ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein Angebot an ausreichenden und guten Kindertageseinrichtungen seit jeher ein gesellschaftspolitisches Anliegen. Je deutlicher sich der demographische Wandel abzeichnet, umso mehr gewinnt Familienfreundlichkeit auch als Standortfaktor für die Kommunen an Bedeutung. Dies könnte ein Anreiz sein für Landkreise und Gemeinden, ihr Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen im Netz zugänglich zu machen, ohne dafür selbst großen Aufwand betreiben zu müssen.

Der KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg) bietet hierfür ein kostenloses und leicht zu nutzendes Angebot: Die Homepage <http://www.bw-kita.de>, auf der die KiTas des Landes sich kostenlos vorstellen können. Derzeit beteiligen sich noch wenige Kreise daran. Ein Verweis dorthin macht aber nur Sinn, wenn ein Großteil der KiTas einer Region (Kreis/Gemeinde) dort vertreten ist.

Gerade für kleinere Gemeinden, die sich keine große Internet-Präsentation leisten können, ist das ein komfortables Angebot. Die Seite kann auch in die Homepage der Gemeinde integriert werden. Die Träger oder Einrichtungen pflegen über einen Online-Zugang ihre Einträge selbst, so dass für die Kreis-/Gemeinde-Verwaltung außer dem Anschub kein weiterer Aufwand entsteht. Es muss einfach nur jemand in die Hand nehmen...

Im einen oder anderen Landkreis kann es sinnvoll sein, die Verwaltung auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

### **3. Neue Nachhaltigkeitsbroschüre: Gemeinsam Fahrt aufnehmen**

Wie kann das Fernziel Nachhaltigkeit in Handlungsschritte umgesetzt werden – ganz konkret, vor Ort? Wo klemmt es, wenn aus Sonntagsreden keine sichtbaren Konsequenzen folgen? Wer Ideen und Beispiele sucht, in der eigenen Kommune Anstöße zu geben, wird in dieser neuen Broschüre fündig.

Aus der Einleitung: „Worum es in dieser Praxisbroschüre geht:

Es lohnt sich als Kommune, Nachhaltigkeit gemeinsam mit allen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – voranzutreiben! Wie dies gelingen kann und Hürden überwunden werden können, beschreibt diese Praxisbroschüre: Sie bietet Ihnen, seien Sie Politiker/in, Verwaltungs- oder Zivilgesellschaftsakteur, Hilfestellung und Lösungswege zur stärkeren und wirkungsvolleren gemeinsamen Koordination von Nachhaltigkeitsprozessen in Ihrer Kommune. Insbesondere unterstützt sie Sie bei der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen, sodass Sie die Fahrt in Richtung Zukunftsfähigkeit beschleunigen können.

Die Broschüre veranschaulicht an konkreten Beispielen aus dem kommunalen Alltag, wie Sie als Politiker/in, Verwaltungs- oder Agendavertreter/in durch die gezielte Kombination von ausgewählten Hebeln und Instrumenten erreichen können, dass alle stärker an einem Strang ziehen.“

Die Broschüre steht im Mitgliederbereich auf der GAR-Internetseite unter „Natur und Umwelt“ / Nachhaltigkeitsstrategien.

**Wer sich zum ersten Mal in den Mitgliederbereich einloggt, tut dies bitte über die grüne Zeile unterhalb des Anmeldekastens. Der Benutzername wird bei Erstanmeldung per Mail zugesandt, das Passwort gebt Ihr Euch selber.**

**Wenns nicht klappt, bitte gleich melden.**

### **4. Zensus und die NPD**

Die NPD hat ihre Mitglieder und Sympathisanten bundesweit aufgerufen, sich als Interviewer für die Durchführung des Zensus 2011 zu melden und die bei den Haushaltsbefragungen gewonnenen Daten dann der NPD zur Verfügung zu stellen. Der NPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg hat laut Presseberichten erklärt, dass die NPD hierzulande diesen Aufruf befolgen wird. Das ist nichts anderes als die offene Aufforderung zum Begehen von Straftaten. Die Erhebungsstellen vor Ort müssen aus diesem Grunde angehalten werden, mindestens ihnen bekannte Mitglieder und Sympathisanten der NPD nicht als Erhebungsbeauftragte zu verpflichten. Ich habe deswegen einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Sollten euch vor Ort entsprechende Aktivitäten bekannt sein, oder bekannt werden, meldet es bitte an uns:

[hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de](mailto:hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de) oder telefonisch unter 0711/2063-658

Uli Sckerl, MdL

## 5. Kauf der EnBW-Aktien - 6 Fragen und Antworten der grünen Landtagsfraktion

### Frage 1: Warum gerade jetzt?

Warum hat gerade jetzt, am 6.12.2010, Ministerpräsident Mappus der EdF ihre EnBW-Aktien für 4,67 Mrd. Euro abgekauft und dem Land die Haftung für knapp 6 Mrd. Euro aufgebürdet?

Die Antwort ist: weil am 27. März Landtagswahl ist. Das ist der einzige Grund. Der Konsortialvertrag zwischen der EdF und dem Oberschwäbischen Elektrizitätswerk (OEW) läuft noch über ein Jahr. Wenn die EdF tatsächlich eilig verkaufen wollte, greift das Vorkaufsrecht der OEW (Oberschwäbische Elektrizitäts-Werke).

Der Ministerpräsident selbst hat den Ankauf angestoßen: Am 6.12. hat er damit geprahlt, er sei „pro aktiv“ geworden. Zu Deutsch: Er hat die Initiative ergriffen. Die These der Eilbedürftigkeit ist durch nichts belegt. Sie ist eine Schutzbehauptung, um von den wahren Motiven abzulenken. Der Ministerpräsident hat der EdF ein teures Kaufangebot gemacht, um mit einem neuen Thema vor der Landtagswahl als Macher da zu stehen. Das ist die Erklärung.

### Frage 2: Droht der EnBW eine ausländische Mehrheit?

Die Antwort ist: Nein. der Fraktionsvorsitzende der FDP Rülke redet nebulös von Russen, die die EnBW übernehmen wollten. Stefan Mappus sagt, es sei für ihn nicht vorstellbar, dass ausländische Investoren über die Versorgungsnetze und über die Preise der Strom- und Gaskund\_innen in Baden-Württemberg entscheiden würden.

Alles vollkommen haltlos. Und bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass gerade durch die Politik von schwarz-gelb bis letzte Woche 45,01 Prozent die EnBW einem ausländischen Staatskonzern, der EdF, gehörte, der dort laut Konsortialvertrag die unternehmerische Führung trug.

Es muss Schluss sein mit der Angstmache vor „ausländischen Investoren“. Baden-Württemberg ist ein exportorientiertes Land. Ausländische Investor\_innen sollten uns willkommen sein. Stattdessen redet Mappus sie schlecht. Das ist schädlich für den Wirtschaftsstandort.

Im Übrigen halten baden-württembergische Kommunalverbände 8 Prozent der EnBW-Anteile.

Wenn Mappus Angst davor hat, dass ein Verkauf der 45 Prozent der EdF an ausländische Investor\_innen im Raum steht, warum hat er dann nicht den Kommunalverbänden ein gutes Angebot gemacht? Nur 5 Prozent der Aktien, und das Land hätte die Mehrheit gemeinsam mit der OEW selber sichern können. Den Deal hätte die Landesregierung mit einer mehrstelligen Millionen-summe haben können statt wie jetzt bis zu 6 Mrd. Euro aus dem Steuersäckel zu riskieren. Also: Auch hier ein reine Schutzbehauptung, um von den wahltaktischen Motiven abzulenken.

### Frage 3: Ist die EnBW ein gut aufgestelltes Unternehmen?

Die Antwort ist nein: Die EnBW hat die letzten zehn Jahre verschlafen und ist auf den Märkten nicht gut aufgestellt.

Fakt ist: Die EnBW hat zwei spezifische Probleme: Sie hat einen schlechten Zugang zum Gasmarkt. Und kein anderer Energieversorger ist auch nur annähernd so abhängig vom Atom. Und damit von den Rahmenbedingungen der Atomkraft.

Die Laufzeitverlängerung von Schwarz-Gelb nützt der EnBW zunächst. Aber die Atomgesetz-Novelle steht auf wackligen Beinen. Sie kann schon nächstes Jahr vor dem Bundesverfassungsgericht kippen, weil Schwarz-Gelb den Bundesrat übergangen hat.

Gewiss ist aber, dass die EnBW ab nächstem Jahr und bis einschließlich 2016 Kernbrennstoffsteuer zahlt. Das kostet die EnBW netto erstmal über 300 Mio. Euro im Jahr (440 vor Steuern).

Hinzu kommt: Während der Dax in diesem Jahr konstant nach oben geht, tendieren die Kurse von RWE, E.ON und EnBW kontinuierlich nach unten. Das sind die realen Erwartungen der Märkte in die großen deutschen Energieversorger.

### Frage 4: Kann man mit der Agenda Mappus die EnBW neu aufstellen?

Die Antwort ist: Nein. Denn Mappus hat gar keine Agenda. Er weiß nicht, was er will mit seinem Sechs-Milliarden-Euro-Deal.

Am 6.12. hat er noch ganz anders geredet als heute. Da wollte er die Aktien zwei bis drei Jahre

halten und dann an die Börse. Zitat: „*Unser Ziel ist es, dass der Energiekonzern nach Daimler, Heidelberg und SAP der vierte Dax-Konzern im Land wird.*“ (Mappus PK 6.12.10)

Eine Woche später ist die Börse wieder ein Argument unter fernem Liefen. Da will er mit den Stadtwerken die regionale Verankerung der EnBW stärken.

Gleich nach dem Deal hat der Branchendienst Energate eine Umfrage unter den großen regionalen Versorgern gemacht. Ergebnis: Thüga: Kein Interesse. 8kU: Kein Interesse. usw. Die Badenova sagt obendrauf: Da sie ihren Kunden versprochen haben, bis zum Jahr 2015 atomstromfrei zu werden, wäre ein Engagement bei der EnBW äußerst unpassend.

#### **Frage 5: Ist der Kaufpreis von 4,67 Mrd. Euro fair?**

Die Antwort ist: Äußerst fraglich und voller Risiken. Es sei denn, man ist der Finanzvorstand der EdF. In der Tat hat die EdF sich in einer Pressemitteilung selbst gelobt, welcher guter Preis erzielt worden sei. Die Frage von Journalist\_innen, ob denn das übliche Bewertungsverfahren vor Unternehmenskäufen - etwa nach den Richtlinien des Instituts der Deutschen Wirtschaftsprüfer IDW - durchgeführt worden sei - im Finanzjargon die Due Diligence - musste Herr Mappus verneinen.

Stattdessen gibt es eine Bewertung der US-Investmentbank Morgan Stanley. Deren Deutschlandchef und Mappus-Vertraute Dirk Notheis hat den von ihm selbst ausgehandelten Preis der Aktien als „fair“ eingestuft.

Die französische Großbank „Société Générale“ sieht das Kursziel bei 34 Euro aktuell, also deutlich unter den 41,50 Euro, die der Ministerpräsident in Paris auf den Tisch gelegt hat.

#### **Frage 6: Ist die Begründung für das Aushebeln des Parlaments durch das Vorgehen von Ministerpräsident Mappus glaubwürdig?**

Nein. Mappus hat einen bindenden und unwiderruflichen Vertrag über 4,6 Mrd. Euro unterschrieben, ohne den Landtag zu beteiligen - ja, ohne überhaupt den Versuch zu machen, den Landtag zu beteiligen. Er sagt: „*Die EdF hat einen Parlamentsvorbehalt ausdrücklich abgelehnt*“, und meint, das ist Erklärung genug.

Wo sind wir denn? Was für einen Amtseid hat Mappus denn geleistet? Auf die EdF, auf die Republik Frankreich oder auf die Landesverfassung? Wo sind wir denn, dass ein Unternehmen verlangen kann, die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung außer Kraft zu setzen? Und wo sind wir denn, dass ein Ministerpräsident das mitmacht?

Dann ist er auf die fragwürdige Idee gekommen, den ganzen Deal über das Notbewilligungsrecht der Landesverfassung zu machen. Dort heißt es in Art 81:

*„Über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Finanzministers. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.“*

Dieser Artikel regelt den Fall von Notlagen, Naturkatastrophen, Seuchen - er regelt den Fall von „Höherer Gewalt“. Sein Finanzminister Willi Stächele argumentiert nun, dass durch die vorherige Unterschrift des Ministerpräsidenten unter den Kaufvertrag mit der EdF ein „unvorhergesehenes und unabweisbares“ Bedürfnis entstanden sei und hat dem Konstrukt damit seine Zustimmung erteilt.

Das ist abenteuerlich: Die Landesregierung führt durch eigene Entscheidungen die Notlage, das unabweisbare Bedürfnis - hier die Garantie für einen Kaufpreis - erst selbst herbei, um dann mit Verweis auf die Notlage die Befugnisse des Landtags zu umgehen. Hier wird die Verfassung bewusst und vorsätzlich bis zum Zerschneiden strapaziert. Das war keine Panne, das war grober Machtmissbrauch.

In Artikel 81 heißt es dann weiter: „Die Genehmigung des Landtags ist nachträglich einzuholen“. Das geht in Ordnung, sofern der Artikel 81 tatsächlich ordnungsgemäß angewendet worden wäre, was offenkundig nicht der Fall war.

Im Finanzausschuss haben wir gefragt: Welche Folgen hat es, wenn der Landtag nicht zustimmt? Die Antwort: „Keine“. Die Verträge mit der EdF sind unwiderruflich.

Die Regierungsfaktionen haben sich das alles gefallen lassen. FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Rülke und Ministerpräsident Mappus bezeichnen unsere Kritik am Vorgehen, am Übergehen

des Parlaments, am Machtmissbrauch und am Bruch der Verfassung als „Haare in der Suppe“. CDU und FDP haben dem Parlament schweren Schaden zugefügt. Sie haben zugelassen, dass der Landtag von Baden-Württemberg sein wichtigstes Recht, das Recht, das in der Geschichte des Parlamentarismus zuerst gegenüber der Krone erstritten wurde und das daher Königsrecht heißt, das Haushaltsrecht, mit Füßen getreten wird.

Weitere Infos können im Büro von Franz Untersteller erfragt werden:

[franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de](mailto:franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de); Tel. 0711 2063 689

## **6. Für eine echte Verkehrswende – dafür streiten wir im Land und in den Kommunen**

Wir Grünen wollen einen besseren öffentlichen Personenverkehr im ganzen Land anstatt zu viel Geld für unnötige Großprojekte zu verschwenden. Deshalb werden wir alles tun, um Stuttgart 21 zu verhindern. Denn das Projekt ist völlig übersteuert, und es drohen riesige Kostenexplosionen. Außerdem führt Stuttgart 21 dazu, dass in Baden-Württemberg notwendige Bahnprojekte dem Rotstift zum Opfer fallen oder auf die lange Bank geschoben werden. Weiter wird mit Stuttgart 21 ein integraler Taktfahrplan unmöglich, Zuwächse im Schienenverkehr werden auf Dauer verhindert und die vielen Engpässe am neuen Nadelöhr Stuttgart werden zu ständigen Verspätungen führen. Damit mehr Menschen auf die Bahn umsteigen, brauchen wir gut getaktete, verlässliche Verbindungen und die passenden Anschlüsse. Außerdem müssen wir bestehende Strecken erneuern und die ICE-Neigetechnik weiterentwickeln, um zusätzliche Fahrzeitverkürzungen zu erreichen. Anstatt Stuttgart 21 durchzuboxen, brauchen wir den Ausbau der Rheintalbahn und der Neubaulinie Frankfurt-Mannheim. Diese Projekte sind für ein leistungsfähiges europäisches Schienennetz dringend notwendig, aber bislang völlig unterfinanziert.

Autos und LKWs stoßen Unmengen an klimaschädlichen CO<sub>2</sub> und Feinstaub aus. Daher muss der Verkehr endlich seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten: Dies gelingt durch eine integrierte Verkehrsplanung, die auf Verkehrsvermeidung durch eine optimierte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklungsplanung ausgelegt ist. Außerdem brauchen wir mehr umweltorientierten Verkehr – Fußgängerverkehr, Radverkehr, Verkehr mit Bussen und auf der Schiene – und eine radikale CO<sub>2</sub>-Reduktion im Straßenverkehr (z.B. durch E-Mobilität mit erneuerbaren Energien).

Wir Grünen wollen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), bei dem Regionalzug, S-Bahn, Stadtbahn, Omnibus und Anrufsammeltaxi häufig und gut aufeinander abgestimmt fahren.

Nachtverbindungen machen junge Menschen mobil und bringen in den Nachtstunden mehr Verkehrssicherheit. Dort wo eine vollständige Versorgung heute noch nicht möglich ist, müssen Individualverkehr und ÖPNV besser miteinander verknüpft werden.

Ein guter ÖPNV ist auch sozialpolitisch wichtig, da er allen Menschen Mobilität garantiert. Für uns ist klar: Die Tarife im ÖPNV müssen bezahlbar bleiben. Daher lehnen wir eine noch stärkere Nutzerfinanzierung über weitere Preiserhöhungen ab.

Wir wollen, dass der Schienennahverkehr landesweit mit einem dichten und regelmäßigen Taktfahrplan und mit modernen und komfortablen Fahrzeugen fährt. Das Fahrplanangebot ist auszubauen. Und wir brauchen mehr Qualität – also Verbesserungen etwa bei Fahrzeugen, Pünktlichkeit, Anschlusssicherheit, Sauberkeit, Sicherheit oder Anzahl und Öffnungszeiten der Verkaufsstellen. An allen Bahnhöfen sollen die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder verbessert und die Carsharing-Stellplätze ausgeweitet werden. Wir wollen einen bezahlbaren landesweiten Baden-Württemberg-Tarif einführen und die Zersplitterung in mehr als 20 Verkehrsverbünde beenden. Und wir wollen andere umweltfreundliche Verkehrsangebote wie Carsharing, Call a Bike und Anrufsammeltaxis in diesen Tarif einbeziehen.

Grün steht für eine echte Verkehrswende. Uns geht es darum, den öffentlichen Personenverkehr in den Städten und Gemeinden sowie in der Fläche zu stärken. Denn davon profitieren die Menschen im ganzen Land und das Klima – und nicht von einem Prestigeprojekt im Stuttgarter Untergrund.

Andreas Schwarz, GAR-Vorsitzender, Mitglied im Spitzenteam für die Landtagswahl

## **7. AKP mit Schwerpunkt Wasser/Abwasser**

In unseren Breiten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man nur den Wasserhahn aufzudrehen braucht - und schon sprudelt herrlich frisches Trinkwasser heraus. Allerdings wird dessen Beschaffung immer schwieriger und auch die Abwasserentsorgung entpuppt sich als wachsender Kostenfaktor, vor allem, wenn es die Kommunen all zu lange versäumt haben, ihre Kanalisation auf Vordermann zu bringen. Mehr dazu im Schwerpunkt "Wasser & Abwasser" des Heftes 1/2011.

Weitere Themen in AKP 1/2011: Mehr Demokratie wagen, Winterdienst,

Schließung von Grundschulen, Spielhallen, Systemische Kommune

Einzelpreis der AKP: 10 Euro plus 1,20 Euro Versand; Abopreis (6 Ausgaben): 56 Euro

Bestelladresse:

Alternative Kommunalpolitik, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld; Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568;

[akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de), [www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de).

## **8. Seminare zur Doppik der Verwaltungsschule des Gemeindetages**

Im April bietet die Verwaltungsschule des Gemeindetages insgesamt 8 Halbtages-Seminare zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an:

am 8. 4. in Sinsheim und Wernau,

am 9.4. in Bühlertal und Tuttlingen,

am 15.4. in Öhringen und Bad-Schussenried,

am 16.4. in Gutach-Bleibach und Bodelshausen.

Die Anmeldeformulare für die Anmeldung per Post oder Fax stehen im Internet unter

[www.verwaltungsschule-bw.de](http://www.verwaltungsschule-bw.de) oder sind bei der Landkreis- oder Gemeindeverwaltung zu

bekommen. Seminarkosten 100 Euro (wird von vielen Gemeinden laut Gemeindetag freiwillig übernommen).

## **9 Seminar zur kommunalen Daseinsvorsorge in Bad Boll**

Die Kommunen erbringen in großem Umfang Leistungen der Daseinsvorsorge: Gemeinden versorgen ihre Bürger/innen mit Trinkwasser und entsorgen das Abwasser. Stadtwerke verteilen Strom und Gas. Landkreise betreiben Krankenhäuser, den ÖPNV und die Müllabfuhr. Die Fachtagung der evangelischen Akademie Bad Boll vermittelt Wissen darüber, welche Optionen die Kommunen bei der Leistungserbringung im Rahmen der Daseinsvorsorge haben und mit welchen (europa-)rechtlichen Konsequenzen sie jeweils rechnen müssen. Ausführliche Informationen und Anmeldung unter: <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/804>

## **Zum Schluss**

Ich hoffe, Ihr hattet einen guten Start ins neue Kalenderjahr. Es geht ja meistens viel zu schnell, dass sich der frische Kalender füllt und der Takt der Termine dichter wird: Ich wünsche Euch für Euer politisches Engagement viel Erfolg und auch persönlich ein gutes Jahr 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Schlager